



An den Grossen Rat

18.5441.03

PD/P185441

Basel, 14. August 2024

Regierungsratsbeschluss vom 13. August 2024

Anzug Edibe Gölgeci und Konsorten betreffend «eines Migrantinnen- und Migrantenrats für den Kanton Basel-Stadt»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 23. Juni 2021 vom Schreiben Anzug Edibe Gölgeci und Konsorten des Regierungsrates Kenntnis genommen und dem Antrag des Regierungsrates folgend den nachstehenden Anzug Edibe Gölgeci und Konsorten stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

„Migrantinnen und Migranten machen 36% der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt aus. Weil sie die Schweizer Staatsbürgerschaft nicht besitzen, sind sie von politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Die Stadt Basel geniesst den Ruf einer offenen, multikulturellen und inklusiven Stadt, welcher durch den Mut zur Erneuerung und politischen Innovation bestätigt werden kann. Initiativen aus der Region Basel, das Thema politische Partizipation für MigrantInnen voran zu bringen, sind gescheitert. Beispiele dafür sind die Volksinitiative "Stimm- und Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten" sowie die Motion "Ausländermotion" der SP-Grossrätin Tanja Soland 2016. Sie dokumentieren dennoch das Bedürfnis danach, das Thema politische Partizipation von MigrantInnen gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung anzugehen. Neue Ideen sind gefragt.

Der Kanton Basel-Stadt braucht deshalb eine andere Lösung, damit MigrantInnen an politischen Entscheidungen teilnehmen können. Konkret handelt es sich um Massnahmen, wie die fast 60'000 Personen ohne Stimm- und Wahlrecht in der lokalen Demokratie partizipieren können. Sie haben das Recht, an politischen Entscheidungen teilzunehmen, die ihr Leben betreffen. Durch die Förderung der politischen Mitwirkung von MigrantInnen hat die Stadt Basel eine Gelegenheit, die lokale Demokratie zu verbessern sowie allgemein das Interesse für die Politik zu erhöhen, unter Erwachsenen sowie Jugendlichen - mit und ohne Migrationshintergrund. Dabei kann der Kanton Basel-Stadt seinen Pioniergeist erneut zeigen, in dem er Alternativen für die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten findet, wie zum Beispiel die Bildung eines MigrantInnenrates.

Dieser soll gegenüber dem Parlament und der Verwaltung eine beratende Funktion einnehmen und in die Politik eigene Inputs einbringen können. Erfahrungen, die mit der Migrationskommission BS in den 2000er Jahre gesammelt wurden, können bei der Umsetzung des MigrantInnenrates helfen. Ebenfalls kann der Ausländerrat der Stadt Zürich als Beispiel dienen. Wichtig ist, dass der MigrantInnenrat genügend Autonomie geniesst, die Migrationsbevölkerung des Kantons in ihrer Zusammensetzung repräsentiert. Der MigrantInnenrat soll aus Personen ohne Schweizer Pass bestehen und durch MigrantInnen gewählt werden, die im Kanton Basel-Stadt wohnen. Die gewählten MigrantInnen sollten danach durch die Regierung bestätigt werden.

Die Anzugsteltenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und berichten, ob die Bildung eines MigrantInnenrates für Kanton Basel-Stadt möglich wäre.

Edibe Gölgeci, Mustafa Atici, Barbara Heer, Tonja Zürcher, Ursula Metzger, Talha Ugur Camlibel, Sebastian Kölliker, Oliver Bolliger, Beatrice Messerli, Pascal Pfister, Thomas Gander, Sarah Wyss, Danielle Kaufmann, Tim Cuénod, Lea Steinle, Jürg Meyer, Seyit Erdogan“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

In Basel-Stadt besitzen über 38 % der Bevölkerung keinen Schweizer Pass und sind somit weitgehend von politischen Entscheidungen und Wahlen ausgeschlossen. Die Anzugstellenden wünschen, dass volljährige Personen ohne Stimm- und Wahlrecht vermehrt an politischen Entscheidungen teilhaben können, was dem Ruf Basels als weltoffene Stadt mit einer vielfältigen Bevölkerung entsprechen und die Demokratie stärken würde. Dies soll mit der alternativen Möglichkeit der politischen Partizipation in Form eines Migrantinnen- und Migrantenrates, der gegenüber Regierung, Parlament und Verwaltung unabhängig ist, eine beratende Funktion einnimmt und eigene Schwerpunkte setzt, erreicht werden.

2. Motion Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend «Stimmrecht für Einwohner*innen ohne Schweizer Bürgerrecht»

Der Grosse Rat überwies an seiner Sitzung vom 3. Juni 2020 die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten «Stimmrecht für Einwohner*innen ohne Schweizer Bürgerrecht» dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage. Der Regierungsrat beauftragte das Präsidialdepartement, einen Ratsschlag zur Einführung des aktiven und passiven Stimm- und Wahlrechts für Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht auszuarbeiten. Die Vorlage wurde am 17. August 2022 an den Grossen Rat und am 14. September 2022 an die Justiz-, Sport- und Sicherheitskommission (JSSK) überwiesen. Die JSSK hat ihren Bericht dazu am 27. Mai 2024 veröffentlicht, der Grosse Rat hat am 27. Juni 2024 die Verfassungsänderung verabschiedet. Das Geschäft ist im November 2024 zur Abstimmung vorgesehen.

2.1 Stellungnahme des Regierungsrates vom 23. Juni 2021

Der Regierungsrat verwies in seinem Schreiben 18.5441.02 auf bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten von Einwohnenden ohne Schweizer Pass und zeigte die Grundlagen der kantonalen Integrationsarbeit auf. Ebenso wurden Beispiele von Kommissionen und Beiräten in anderen Städten vorgestellt. Nach Prüfung des Anliegens des Anzuges kam der Regierungsrat zum Schluss, für Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass die Partizipation an der lokalen Demokratie fördern und institutionalisieren zu wollen. Dies, so ist auch der Regierungsrat überzeugt, würde dem Selbstverständnis eines weltoffenen Kantons zugutekommen und auch der vielfältigen Bevölkerungszusammensetzung gerecht werden. Mit der Förderung der politischen Mitwirkung könnten ausserdem das Demokratieverständnis und die bessere Identifikation mit der Schweiz gestärkt werden. Der Regierungsrat schlug schliesslich vor, das Abstimmungsergebnis über das Stimm- und Wahlrecht für Einwohnerinnen und Einwohner ohne Bürgerrecht abzuwarten.

3. Beurteilung

Der Regierungsrat teilt auch weiterhin die Meinung der Anzugsstellenden, dass es wichtig ist, die Partizipation an der lokalen Demokratie für Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass zu erleichtern und zu institutionalisieren und begrüsst das Anliegen grundsätzlich.

Der Regierungsrat möchte weiterhin das Abstimmungsergebnis über das Stimm- und Wahlrecht für Einwohnerinnen und Einwohner ohne Bürgerrecht abwarten, da er die Möglichkeit der politischen Partizipation als einen der bedeutendsten Faktoren im Kontext einer erfolgreichen Integrationsförderung erachtet. Das Stimm- und Wahlrecht wird in der Folge höher gewichtet als die Einführung eines Migrantinnen- und Migrantenrates und als oberstes Ziel anvisiert.

4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend «eines Migrantinnen- und Migrantenrats für den Kanton Basel-Stadt» erneut stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin